

## **26. Gewerkschaftstag der komba gewerkschaft in Berlin: „Gewerkschaftspolitische Kurs festgelegt“.**

Mit einer eindeutigen Mehrheit von 91,74 Prozent der Stimmen wurde Ulrich Silberbach (komba gewerkschaft, Köln) in seinem Amt als Bundesvorsitzender bestätigt. Hubert Meyers aus Aachen wurde als zweiter Bundesvorsitzender neu gewählt. Weitere stellvertretende Bundesvorsitzende wurden Sandra Müller, Koblenz, Kai Tellkamp, Kiel, Andreas Hemsing, Köln und Mareike Klostermann aus Thüringen.

Silberbach: „Die Wahlen bestätigen unsere Arbeit als Bundesleitung. Wir sind stark für die Zukunft. Gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen in den Landes- und Mitgliedsgewerkschaften engagieren wir uns auch in den kommenden Jahren für unsere Mitglieder vor Ort. Ich freue mich auf die bevorstehenden Aufgaben und bin zuversichtlich bei aktuellen Herausforderungen.“

### **Flüchtlingspolitik: Ausreichend personelle und finanzielle Grundlagen schaffen**

Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender der komba gewerkschaft: „Dieses Thema wird Bund, Länder und Kommunen weiterhin nachhaltig beschäftigen, ebenso wie die komba gewerkschaft stellvertretend für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Gerade in der Phase des enormen Zustroms an Flüchtlingen haben die Kolleginnen und Kollegen gezeigt, wie leistungsfähig sie sind. Jetzt dürfen sie nicht hängen gelassen werden. Um die nun folgende, wichtige Integration der anerkannten Asylbewerber zu bewerkstelligen, bedarf es eines gemeinsamen Kraftaktes von Bund, Ländern und Kommunen auf Grundlage einer ausreichenden personellen und finanziellen Ausstattung vor Ort.“

### **Kommunalfinanzen: Konnexitätsprinzip gefordert**

Nur mit einer angemessenen, sachgerechten und dauerhaften Finanzausstattung durch Bund und Länder können Kommunen die Herausforderungen der Zeit stemmen. Dazu gehört besonders, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den Städten und Gemeinden zu sichern. Die sogenannte „Schuldenbremse“ hat zu massiven Einsparungen geführt, besonders beim Personal. Aufgaben im Interesse der Bürger können nicht ausreichend wahrgenommen werden. Strukturschwache Regionen kränkeln immer mehr. Deswegen fordert die komba gewerkschaft, dass es bei der Aufgabenübertragung per Gesetz auch zwingend einen konnexen Kostenersatz gibt.

### **Alterssicherung: Gesund in den Ruhestand**

Gesund in den Ruhestand mit einem gesicherten, finanziellen Rückhalt, der es ermöglicht, die nachfolgende Lebensphase nach persönlichen Bedürfnissen zu gestalten. Wer wünscht sich das nicht? Dabei rutschen derzeit zunehmend immer mehr Deutsche in die Altersarmut ab – geschuldet zahlreicher Faktoren, wie die Niveauabsenkungen in der Rentenversicherung, die Anhebung der Regelarbeitsgrenze, fehlendes betriebliches Gesundheitsmanagement und vermehrt geringfügige Beschäftigungsverhältnisse.

Die komba gewerkschaft fordert daher bereits seit Jahren, dass neben berufsbegleitenden, innerbetrieblichen Maßnahmen besonders während der Übergangsphase von Erwerbsleben in den Ruhestand, die betriebliche und private Altersvorsorge weiter ausgebaut und gefördert wird sowie die gesetzliche Rentenversicherung lohn- und beitragsbezogen bleibt und paritätisch finanziert wird. Silberbach: „Auch sollte bei einer sich verlängernden Lebensarbeitszeit über neue Modelle des flexiblen Übergangs in den Ruhestand nachgedacht werden“.

### **Anerkennungskultur und Offensive der Sachlichkeit**

Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), dankte den Kolleginnen und Kollegen im kommunalen Dienst für ihren Einsatz. In seiner Ansprache forderte er von der Kommunalpolitik mehr Anerkennungskultur für die Beschäftigten, besonders vor dem Hintergrund des täglichen Leistungsniveaus trotz personeller Engpässe bei anhaltender Aufgabenfülle.

Den Ängsten der Bürgerinnen und Bürger im Zuge der Flüchtlingssituation solle mit einer auf Fakten basierenden „Offensive der Sachlichkeit“ begegnet werden, anstatt unbegründete vor allem emotionale Unsicherheiten zu schüren. Im Zuge der Globalisierung sei diese Zuwanderung und nun folgende Integration ein ganz normaler Prozess, der Deutschland mindestens noch eine ganze Generation beschäftigen werde.

Landsberg wies auch auf die vielen weiteren Herausforderungen hin, bei denen ein „Umbau“ im Zusammenspiel von Bund, Länder und Kommunen notwendig sei, beispielsweise die weitere Entlastung der Kommunen von Sozialausgaben, die Sicherung der kommunalen Investitionskraft sowie die Lösung des Altschuldenproblems.

Den Blick über die Landesgrenzen hinaus gerichtet betonte Landsberg, dass nur ein gemeinsames von den Bürgerinnen und Bürgern getragenes Europa ein starkes Europa sein kann – stark genug für notwendige positive Entwicklungen.

### **Mitbestimmung und Bezahlstrukturen**

Ein zentrales Thema bei der Ansprache des Bundesvorsitzenden des deutschen beamtenbundes und tarifunion (dbb) Klaus Dauderstädt war die Mitbestimmung: Mitbestimmung der Gewerkschaften über ihre Personal- und Betriebsräte vor Ort und Mitbestimmung bei Tarifverfahren. Auch wenn die Tarifeinheit vom Bundestag abgesegnet wäre, wäre es doch unwahrscheinlich, dass sie praktisch umgesetzt werden könnte. Urteile zu derzeitigen Klagen des dbb würden noch in diesem Jahr erwartet.

Kritisch betrachtete der dbb-Chef die zunehmende Komplexität in den Bezahlungsstrukturen des öffentlichen Dienstes: „Es hat mir noch niemand plausibel die Vorteile erklären können, warum auf kommunaler Ebene die Gehaltsentwicklung der Beamten an die Besoldung der Länder gekoppelt ist, die der Tarifbeschäftigten aber an die Bezahlung beim Bund.“ Das führe nur zu Frust und Verwirrung bei den betroffenen Beschäftigten und für die Bürgerinnen und Bürger sei es erst recht nicht nachvollziehbar. Es wäre auch an der Zeit, dass der Bund, alle Länder und die Kommunen sich wieder an einen Tisch setzen.

### **Positives Abstimmungsergebnis für die Anträge der Gewerkschaft BTBkomba.**

Die vom Gewerkschaftstag der Gewerkschaft BTBkomba auf dem Gewerkschaftstag in Ludwigsburg beschlossenen und zum Bundesgewerkschaftstag eingereichten Anträge zu den Themen:

- Tarif- und Besoldungserhöhung
- Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst
- Ballungsraumzulage
- "Sicherung bisheriger Standards kommunaler Daseinsvorsorge und der verfassungsmäßig geschützten kommunalen Selbstverwaltung beim geplanten Freihandelsabkommen (TTIP)"
- E-Government in der öffentlichen Verwaltung

wurden angenommen und werden nun auf Bundesebene zielführend weiterverfolgt.

## **Resümee**

In einer ersten Stellungnahme würdigte Landesvorsitzender Wolf Zitzmann Verlauf und Ergebnis des Bundesgewerkschaftstages. Dabei zeigte er sich besonders erfreut darüber, dass die von BTBkomba eingereichten Anträge die Zustimmung des Gewerkschaftstages gefunden haben.